

Calmer Calw

Nr. 259

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang.

Veröffentlichungsmittel: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinspaltige Zeile Nr. 14. —

Montag, den 6. November 1922.

Wagnerspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Nr. 540. — Vierteljährlich. Postbezugspreis Nr. 540. — mit Beleggeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Als Nachfolger des Ministerpräsidenten v. Borchersfeld präsentierte die bayerische Volkspartei den ehemaligen Kultminister v. Kniling, gegen dessen Wahl die anderen Koalitionsparteien, also die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, anscheinend keinen Einspruch erhoben haben.

Die deutschen Vorschläge an die Reparationskommission und an die Alliierten zugleich werden heute überreicht. Ueber ihren Inhalt ist der Presse bis jetzt noch keine Nachricht zugegangen, sodas man auf Vermutungen angewiesen ist. Die Verhandlungen mit den ausländischen Sachverständigen sind auch noch nicht abgeschlossen. Bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Kohlenlieferungen hofft man auf Einsicht der Alliierten.

Der französische Ausbauminister hat in der sonst gemäßigten demokratisch-republikanischen Partei eine Rede gehalten, in der er unbedingte Erfüllung der Reparationen verlangt, wenn auch Deutschlands Lage zur Zeit schwierig sei.

Auch die französische Regierung hat halbamtlich zur Reparationsfrage Stellung genommen. Danach soll vor Brüssel noch eine Vorkonferenz stattfinden. Die Hauptsache sei, daß gleichzeitig mit der Reparationsfrage auch die Frage der alliierten Schulden geregelt werde, weshalb man die Teilnahme Amerikas wünscht.

Die Lage im Orient scheint sich dadurch komplizieren zu wollen, daß die Angoratürken den Rücktritt des Sultans und der Regierung in Konstantinopel gefordert, bzw. die dortige Regierung einfach abgesetzt haben. Wenn man der Entente-Pressen trauen darf, so soll sich aus diesem Vorgehen der türkischen Nationalisten ein Konflikt entwickelt haben, da die Herren in Konstantinopel diese brüste Form sich nicht gefallen lassen wollen. Die Alliierten würden ja innere Auseinandersetzungen in der Türkei begrüßen, ob die Frage der Abdankung des Sultans und des Rücktritts der Regierung in Konstantinopel nach außen hin eine so große Rolle spielt, darf man bezweifeln, denn über die Ziele gegenüber der Entente dürften sich wohl beide Teile einig sein.

In Forst in der Lausitz haben Teuerungskrawalle stattgefunden, deren Erscheinungsformen den Eindruck der Provokation machen.

In Doorn hat gestern die Vermählung des ehemaligen deutschen Kaisers mit der Prinzessin Carolath stattgefunden.

Die Reparationsverhandlungen in Berlin.

Uebersicht über die deutschen Vorschläge an die Reparationskommission.

Berlin, 6. Nov. Wie die Blätter mitteilen, sind gestern der Reparationskommission die Vorschläge der deutschen Regierung überreicht worden. Laut „Morgenpost“ wird ihr Inhalt gleichzeitig in Berlin und Paris heute bekanntgegeben werden. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt, werden die Verhandlungen mit der Reparationskommission, die morgen Dienstag wieder aufgenommen werden, voraussichtlich Ende dieser Woche ihren Abschluß finden.

Berlin, 5. Nov. Der von dem Redaktionsausschuß endgültig festgelegte Wortlaut der Vorschläge für die Reparationskommission wurde in später Abendstunde vom Reichskabinett genehmigt. Wie das „Berliner Tageblatt“ wissen will, wird die deutsche Regierung insbesondere auseinandersetzen, was sie zur Erzielung des Budgetgleichgewichts auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung zu tun gedenke. Die deutsche Delegation beschränke sich jedoch wahrscheinlich nicht nur auf eine Darlegung der Absichten des Reichskabinetts, sondern berühre auch die Frage der Finanzkontrolle. — Nach der Sozialdemokratischen Korrespondenz handelt es sich bei den Vorschlägen gewissermaßen um Ausführungsbestimmungen, als ob eine Ergänzung der bereits übergebenen Denkschriften. Als Sicherheitsleistung für die Gewährung einer Goldanleihe biete die Reichsregierung der Reparationskommission neben finanziellen Einnahmen u. a. bestimmte festumgrenzte Aufsichtsbefugnisse an, die keine Einschränkung der Souveränität der Reichsregierung bedeuten. Das Kapitel über die von Deutschland zu leistenden Sicherheiten nehme den Hauptteil der Vorschläge ein. Vorausgesetzt, daß eine äußere Anleihe zustande-

komme, sei die Reichsregierung bereit, auch im Innern Maßnahmen zu treffen.

Bevorstehende Verhandlung über die Kohlenlieferungen.

Berlin, 4. Nov. Heute nachmittags fand laut „B. Z.“ eine Kabinettsitzung statt, an der sich die Reichsregierung mit der Reparationsfrage und insbesondere mit den Vorschlägen, die der Reparationskommission gemacht werden sollen, beschäftigen wird. Wie das Blatt mitteilt, wird die nächste gemeinsame Sitzung der Vertreter der Reichsregierung mit den Delegierten der Reparationskommission, die am Dienstag vormittags im Reichsfinanzministerium stattfinden werde, die Kohlenlieferungen Deutschlands an die Alliierten zum Beratungsgegenstand haben. An der Sitzung würden auch die Vertreter der Kohlenindustrie teilnehmen. Da die Reparationskommission durchaus geneigt ist, die Darlegungen von deutscher Seite über die Reparationslasten zu würdigen, so hofft das Blatt, daß ein neues Abkommen erzielt werde, das den Bedürfnissen Deutschlands gerecht wird.

Die Bergarbeiter gegen die Erhöhung der Kohlenlieferungen an die Entente.

Calw, 6. Nov. Wie aus Gelsenkirchen gemeldet wird, nahm der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter in einer aus dem ganzen Ruhrgebiet stark besuchten außerordentlichen Generalversammlung eine Entschließung an, in der die Voraussetzung für das Verfahren von Ueberstichten von dem Augenblick ab als nicht mehr bestehend bezeichnet wird, wo das Quantum der Reparationslasten erhöht wird.

Eine halbamtliche französische Auslassung über die bevorstehenden Verhandlungen innerhalb der Entente.

Paris, 5. Nov. Havas teilt halbamtlich mit: Die der Brüsseler Konferenz vorangehende Vorkonferenz soll die Beratungen zwischen den Ministerpräsidenten von Großbritannien, Italien, Frankreich und Belgien vorbereiten. Die Ver. Staaten hätten wissen lassen, daß sie bereit seien, sich auf der Konferenz vertreten zu lassen, um die europäischen Finanzprobleme zu beraten. Sie verlangten jedoch, daß die Fragen der interalliierten Schulden nicht angeschnitten werde. Nach dieser Richtlinie sei es leicht, dem Wünsche Amerikas zu entsprechen, da man jede Entscheidung in Bezug auf die amerikanischen Forderungen ausgeben könne. Die Verhandlungen, die im August in London geführt worden seien, hätten tatsächlich bewiesen, daß eine Gesamtregelung, die sich auf die Reparationen und die Kriegsschulden erstreckt, erforderlich sei. Die offizielle Erklärung Poincarés, daß er zu einer derartigen Aussprache bereit sei, besteshe noch. Die gleiche Geneigtheit sei bei den Belgiern vorhanden, die als die Verteidiger der Kompensierung der deutschen Schuld durch die interalliierten Schulden zu bezeichnen sei. Die Haltung Italiens sei nicht zweifelhaft. Was England anbetreffe, so scheine es nicht abzuwarten zu wollen, bis die Mission, die es nach den Ver. Staaten entsenden werde, das Versprechen des Ausgleichs mit den Kriegsschulden erzielt habe. England schulde Amerika 19 Milliarden Goldmark. Seine Forderungen gegen Deutschland und die Alliierten beläufen sich auf insgesamt 69 Milliarden. So bleibt also noch eine weitgehende Möglichkeit zu Verhandlungen, selbst wenn man jede Entscheidung über die amerikanischen Forderungen zurückstelle. Unter diesen Umständen scheine die interalliierte Konferenz von Brüssel mit einiger Aussicht auf Erfolg jene Liquidation der europäischen Passiven in Angriff nehmen zu können, wovon man eine heilsame Wirkung auf den Kredit Deutschlands erwarten könne.

Der französische Wiederaufbauminister über die französischen Reparationsforderungen.

Paris, 6. Nov. Die Republikanisch-Demokratische Partei, die in Marseille ihren Jahreskongreß abhielt, veranstaltete nach Beendigung ihrer Arbeiten ein Bankett, in dessen Verlauf der der Partei angehörende Minister für die befreiten Gebiete, Raibel, eine Rede hielt. Er sagte unter anderem: Die Regierung ist fest entschlossen, Reparationen zu fordern. Sie verkennt nicht die Schwierigkeiten der Lage, in der sich Deutschland befindet, aber sie kann es nicht zulassen, daß diese Lage fortgesetzt angezogen wird, um den übernommenen Verpflichtungen zu entgehen. Sie will in jedem Fall die Einziehung der Forderungen durch alle Mittel und in jeder Form, die zu einem positiven Ergebnis führen können, durchzuführen. Der Kongreß selbst hat zum Ausdruck gebracht, daß er als eines dieser Mittel eine

jeweils als möglich gehende Ausführung der Abkommen von Wiesbaden und Berlin ansieht und vielleicht auch selbst die Heranziehung deutscher Arbeitskräfte für den Wiederaufbau.

Die Besprechungen mit den ausländischen Sachverständigen noch nicht abgeschlossen.

Berlin, 5. Nov. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge sind die Besprechungen mit den ausländischen Finanzsachverständigen noch in vollem Gang. Sie würden wahrscheinlich in einem gemeinsamen Gutachten über die drei vom Reichszentraler vorgelegten Fragen ihren Abschluß finden.

Die Orientkrisis.

Die Absetzung des Sultans und des Kabinetts in Konstantinopel.

Konstantinopel, 5. Nov. Havas meldet, daß das Kabinett zurückgetreten ist.

Paris, 6. Nov. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel ist die Demission des Konstantinopeler Kabinetts erfolgt, nachdem die Regierung von Angora den Ministern in Konstantinopel mitgeteilt hatte, wenn sie im Amte bleiben, würden sie sich des Hochverrats schuldig machen. Nach der Demission habe der Militärgouverneur von Thrazien, Rifad Pascha in einer Unterredung mit den alliierten Generalen mitgeteilt, die hauptsächlichsten Verwaltungen von Konstantinopel hätten den Wunsch geäußert, nur unter der Autorität der großen Nationalversammlung zu arbeiten, und daß er sich daher in die Notwendigkeit veretzt fühle, aus eigenem Antrieb das Amt des Gouverneurs von Konstantinopel zu übernehmen. Der Präsekt der Stadt werde die Verwaltung nach seiner Initiative fortführen. Die Ministerien würden geschlossen werden. — Nach Eintritt der Dunkelheit haben in verschiedenen Stadtteilen Kundgebungen stattgefunden. In Adrianopel verlangten die Demonstranten die Abdankung des Sultans. Die alliierten Oberkommissare werden heute über die Lage beraten.

Paris, 4. Nov. Havas führt in einer Konstantinopeler Meldung die Konsequenzen der Beschlüsse, die die Nationalversammlung von Angora in ihren Sitzungen vom 1. und 2. November gefaßt hat, wie folgt an: 1. Abschaffung der Verfassung von 1918, 2. Beseitigung der bisherigen Befugnisse des Sultans, 3. Absetzung des derzeitigen Herrschers, 4. Verbleiben der geistlichen Machtvollkommenheiten beim Kalifat, 5. Ende der Regierung von Konstantinopel mit allem, was sich daraus ergibt.

Anklare Haltung der Regierung in Konstantinopel.

Paris, 5. Nov. Havas meldet aus Konstantinopel: Der Großwesir verständigte gestern die alliierten Oberkommissare, daß das Kabinett die Beteiligung der Pforte an der Konferenz von Lausanne nicht für notwendig halte. Das Kabinett ließ in Angora wissen, welche Haltung es unter den augenblicklichen Umständen einzunehmen gedenke. Man glaubt zu wissen, daß es nur die Geschäfte weiterführen will, bis die Regierung der großen Nationalversammlung sie übernimmt. Bisher ist von Angora über die Wahl des neuen Kalifen noch keine Nachricht eingetroffen.

Widerstand der Regierung in Konstantinopel?

Paris, 6. Nov. Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Konstantinopel soll es der Sultan abgelehnt haben, die Geschmähigkeit des Beschlusses der Nationalversammlung über die Abschaffung des Sultanats anzuerkennen. Auch die Minister sollen nach einer Meldung des Blattes beschloffen haben, den Nationalisten Widerstand zu leisten. Es werde eine von dem Sultan unterzeichnete Proklamation in diesem Sinne erwartet.

Ausland.

Eine Sitzung des Kabinetts Mussolini.

Mussolini besiedigt.

Rom, 2. Nov. Der Ministerrat trat in der vergangenen Nacht zu einer Sitzung zusammen, die drei Stunden dauerte. Mussolini gab in seinem Bericht über die innere Lage bekannt, daß diese sofort wieder das alte Aussehen bekomme und daß 42 000 Faschisten bis Mitternacht Rom verlassen hätten. Im Innern werde das Kabinett sich die Wiederherstellung der nationalen Würde und Ordnung angelegen sein lassen, jeden Schritt zur Befriedung des Landes unterstützen und nicht nur mit Worten, sondern auch durch Taten den Beweis erbringen, daß nur eine Staatsgewalt und keine andere neben ihr bestehen könne. Zur auswärtigen Politik stellte Mussolini mit, daß die dunklen Gerüchte bereits zerstreut seien, wie die Besserung der Wechselkurse und der Ita-

ertrag
wends 8 Uhr
von
s Wien

rgang“.

laden.
uppe Calw.

in Calw.

ieder,
den für das Ge-
bitten wir,

uch

u wollen.

s-Beschluß ist der

1.1000.—

itglieder dringend

zu ergänzen.

her Hof.

abends 8 Uhr

Liebe

m.

ginnen

ndungen

logus

ore

Biergasse

it.

nen heute noch

ie bestellte

erier's

yma chine

orteilhaft

ige Vorrat

han Gerber,

iß Neutlingen

anzt kostenlos

ge Zahlungs-

Bei Kauf wird

bet vergütet!

pholometer,

wagen, Linter-

r, Milchwagen

ie am vorzüglichst.

theater Fr. Reich-

ite Apotheke,

Calw.

er 3/4 Geige

zu kaufen gesucht.

bote mit Preis unter

53 an die Geschäf-

tes Blattes.

kenischen Valuta zeige. Der Ministerrat billigte einstimmig die Antwort Mussolinis auf das Rücktrittsgebot des italienischen Botschafters in Paris, Grafen Sforza. Nach sehr langer Erörterung über die Wirtschafts- und Finanzpolitik herrschte Einstimmigkeit über die Notwendigkeit der Beibehaltung aller Bureaus und Ministerien. Ferner bestand kein Zweifel über die Zweckmäßigkeit, die öffentlichen Verkehrsmittel den Privatunternehmern wieder zu übertragen. Schließlich gelangte der Ministerrat zu der Erkenntnis der Notwendigkeit, verwaltungstechnische Fragen von neuem dringend zu prüfen und die Auswanderung zu ordnen. Der Ministerrat erklärt sich einstimmig als Gegner der Verteilung öffentlicher Titel in indirekter Form an den Träger selbst. Der Kolonialminister teilte mit, daß die Lage der Kolonien mit vollem Vertrauen betrachtet werden könne. Endlich beschloß der Ministerrat, den Zusammentritt der Kammer auf den 16. November festzusetzen.

Gemeindewahlen und allgemeine Wahlen in England.

London, 3. Nov. Bei der Londoner Gemeinderatswahl stellt sich das endgültige Ergebnis wie folgt: Gemeinderatsreformpartei 806 (bisher 596) Sitze, Arbeiterpartei 256 (573), Partei der Steuerzahler 187, Progressisten 84, Unabhängige 24. In der Provinz ist weniger als die Hälfte der Arbeiterkandidaten gewählt worden.

London, 3. Nov. Nach den bisherigen Ergebnissen der Gemeinderatswahlen in England und Wales erhielt in nur vier Gemeinden die Arbeiterpartei die Mehrheit. In 11 Gemeinderäten erhielt nicht ein einziger Arbeitervertreter einen Sitz. Man glaubt, daß die Veröffentlichung des Parlamentsmonitors der Arbeiterpartei die Gemeinderatswähler gegen die Arbeiterkandidaten beeinflusst hat. Bemerkenswert ist, daß der Arbeiterführer Clynes öffentlich erklärte, die Arbeiterpartei sei mit der Idee der Kapitalsabgabe nicht vermählt. Der „Times“ zufolge erhielten alle Arbeiterkandidaten für das Unterhaus die Mitteilung, daß die Kapitalsabgabe nur eine ausgesprochene Idee war, aber kein bestimmter Vorschlag.

London, 3. Nov. Morgen findet die Aufstellung der Kandidaten für die Parlamentswahlen statt. Man nimmt an, daß für 615 Parlamentssitze wenigstens 370 Kandidaten in Vorschlag kommen. Bisher sind vorgeschlagen: Unionisten 464, Arbeiterpartei 414, Liberale 320, Koalitionsliberale 170. Es heißt, daß 34 Koalitionsliberale, die Lloyd George unterstützen, einen konservativen Gegenkandidaten erhalten. Andererseits aber unterstützen in ungefähr 50 Wahlkreisen die Konservativen die Koalitionsliberalen.

Bermischtes.

Die Vermählungsfeierlichkeiten im Haus Doorn.

Amsterdam, 6. Nov. Ueber die Vermählungsfeierlichkeiten im Haus Doorn meldet die „Niederl. Telegr. Ag.“: Nach dem Frühstück wurde 12 Uhr vor dem Notar Groot in Gegenwart des ehemaligen Kaisers und der Prinzessin Hermine die Urkunde mit den Heiratsbedingungen verlesen. Der Kaiser trug kleine Felduniform mit Helm, die Prinzessin ein malvenfarbenes Kleid mit Hut. Das Brautpaar begab sich darauf in einen anderen Flügel des Schlosses, wo die Trauzeugen versammelt waren. Der Kaiser stellte die Anwesenden der Prinzessin vor. Hierauf bekundete der Bürgermeister von Doorn in deutscher Sprache, es bestünden keine Hindernisse für den Vollzug der Eheschließung, worauf er die entsprechenden Stellen des holländischen Gesetzes verlas. Als dann an den Kaiser und die Prinzessin die üblichen Fragen gestellt wurden, antworteten beide mit Ja. Darauf sprach der Bürgermeister erst in deutscher und dann in holländischer Sprache die gesetzliche Eheschließungsformel. Nach Unterzeichnung der Heiratsurkunde durch den Kaiser und die Prinzessin, sowie die Trauzeugen begab sich das Brautpaar mit den Gästen in das Vestibül des Schlosses zur feierlichen Einsegnung. Nach einem einleitenden Lied vollzog Hofsprecher Dr. Vogel die Trauung. Nachdem die beiden Neuvermählten den Segen des Geistlichen empfangen hatten, begaben sie sich in ein mit Blumen reichgeschmücktes Nebenzimmer, wo sie die Glückwünsche der Gäste entgegennahmen.

Ukrainische Demonstration gegen die Gewalt Herrschaft Polens in Ostgalizien.

Berlin, 6. Nov. Am gestrigen Sonntag fand, wie die Blätter melden, vor dem Gebäude der polnischen Gesandtschaft in Berlin eine Demonstration ukrainischer Studenten gegen die Gewalt Herrschaft Polens in Ostgalizien statt. Die Demonstranten verteilten Protestflugschriften unter die Passanten und gingen nach Absingung ihrer Nationalhymne in Ruhe auseinander.

Zur Ermordung eines amerikanischen Majors im besetzten Gebiet.

Frankfurt a. M., 3. Nov. Als der Tat verdächtig kommt in der Raubmordgeschichte Sauerwein der frühere amerikanische Soldat Frank Johnson in Frage.

Furchtbare Ueberschwemmung in Neapel.

Neapel, 5. Nov. Eine furchtbare Ueberschwemmung suchte die Stadt heim und verursachte den Einsturz vieler Häuser. Bei Santa Maria della Neve stürzte eine Mauer ein und begrub zahlreiche Feuerwehrleute, sowie einige Zivilpersonen unter sich. Acht Feuerwehrleute und zwei Zivilpersonen wurden getötet. Zahlreiche Verletzte mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Millionendiebstahl.

Hamburg, 2. Nov. Wie das „Hamburger Fremdenblatt“ meldet, wurden dem Geheimrat Burmeister, dem bekannten Geiger, gestern Abend im Hotel aus seinem Koffer Valuten im Werte von 10 Millionen Mark gestohlen.

Deutschland.

Der künftige bayerische Ministerpräsident.

Berlin, 6. Nov. Blättermeldungen aus München zufolge präsentierte die Bayerische Volkspartei heute den beiden anderen Koalitionsparteien den früheren Kultusminister v. Knilling als Ministerpräsidenten. Da die beiden anderen Parteien keine Einwendungen erhoben, werde v. Knilling gewählt werden.

Zu der Kandidatur schreibt die „Zfr. Ztg.“: Der künftige Ministerpräsident Bayerns war der letzte monarchische Kultusminister, welches Amt er vom 12. Februar 1912 bis 7. November 1918, dem Tage des Umsturzes, bekleidete. Er ist Landtagsabgeordneter als Mitglied der Bayerischen Volkspartei seit 1920 und Leiter der Zweigstelle München des Reichsausgleichsamtes und bayerischer Vertreter des Reichsausschusses für Auslandschäden in München. Er ist geboren am 1. August 1865 zu München. Er war Zögling des Maximilianeums, dann in verschiedenen Bezirksverwaltungen tätig und kam 1902 ins Kultusministerium, wo er zuerst kirchenpolitische Angelegenheiten, dann das Hochschulwesen bearbeitete und schließlich das Budgetreferat übernahm. Da Knilling sich sehr lange gegen die Uebernahme des Amtes sträubte, ist zu vermuten, daß die Bayerische Volkspartei ihm die geforderten Zusagen für die Politik, die er zu vertreten beabsichtigt, gegeben hat. Daß diese Politik nicht eine Kampfstellung gegen die Reichsregierung und Förderung reaktionärer Bestrebungen ist, darf, wie schon gesagt, nach dem bisherigen politischen Auftreten des künftigen Ministerpräsidenten angenommen werden.

Ergebnis der Landtagswahlen in Leipzig.

Leipzig, 6. Nov. Nach dem bis gestern abend halb 11 Uhr vorliegenden Ergebnis entsfielen bei den sächsischen Landtagswahlen in der Kreishauptmannschaft Leipzig auf die Liste der Vereinigten Sozialistischen Parteien 88 600, auf die der Demokraten 19 532, auf die des Zentrums 439, die der Deutschen Volkspartei 33 045, auf die der Deutsch-Nationalen 53 878 und auf die der Kommunisten 24 300 Stimmen.

Der Fall Hermes.

Berlin, 6. Nov. Im Prozeß gegen die „Freiheit“ wurde der Angeklagte Henkel zu 10 000 Mark Geldstrafe und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Minister Hermes wurde die Publikationsbefugnis im „Vorwärts“, der „Germania“ und der „Kölnischen Volkszeitung“ auf Kosten des Angeklagten zugesprochen. Die in Betracht kommenden Platten der „Freiheit“ werden eingezogen und unbrauchbar gemacht.

Die Kartoffelernte fast ganz beendet.

Berlin, 5. Nov. Der Reichsaussschuß der deutschen Landwirtschaft teilt mit, daß die Kartoffelernte fast ganz beendet sei und daß der Ertrag noch wesentlich höher sein dürfte, als in der letzten Woche der Doffentlichkeit mitgeteilt worden sei. Die Winterernte der großen Bedarfsgebiete dürfte zu 80 Prozent erledigt sein. Leider seien schon in den Frosttagen erhebliche Mengen Kartoffeln für die menschliche Ernährung unbrauchbar geworden. Man rechne mit 5 Prozent der Gesamternte.

Grenzsperr zwischen Bayern und Borsalberg.

(S. B.) Aus Borsalberg, 4. Nov. Die bayerische Kreisregierung in Augsburg und das Staatsministerium des Innern haben den kleinen Grenzverkehr zwischen Bregenz und Lindau vom 4. November an gesperrt, und zwar an Samstagen und Sonntagen. Die Borsalberger Landesregierung hat sich mit der Sache noch nicht weiter befaßt. Ursache der bayerischen Sperr ist der angebliche Ausverkauf von Lindau seitens der Borsalberger, denen mitunter auch das gute bayerische Bier zu sehr mundet.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 6. November 1922.

Luther an uns.

Du sollst nicht meinen, daß das allein gestohlene heiße, wenn du deinem Nächsten das Seine wegnimmst, sondern wenn du siehest deinen Nächsten Not leiden, keine Herberg haben, und hilfst ihm nicht, so stiehlest du. Denn du bist ihm schuldig, zu helfen in seiner Not. Denn deine Güter sind nicht dein, du bist als ein Schaffner darüber gesetzt, daß du sie austeiltest denen, so sie bedürfen.

Am zeitliches Gut etwas tun, ist nicht böse, aber geizen um zeitliches Gut und einen Nammon daraus machen, das ist allewege in allen Ständen und Werken unrecht.

Derjelbe.

Du sollst nicht stehlen Geld noch Gut, Nicht wuchern jemand's Schweiß und Blut, Du sollst aufstun dein milde Hand Den Armen in deinem Land.

Derjelbe.

Anfall.

Am Freitag zwischen 4 und 5 Uhr abends fuhr ein Auto in ziemlich schnellem Tempo die Stuttgarter Straße herunter. Erst an der Kurve vor dem Durchlaß bemerkte es einen Leiterwagen in geringer Entfernung vor sich, den es schnell links überholen wollte. Aber das Unglück wollte es, daß gerade dort am Gäßhof zum „Adler“ auch ein Leiterwagen mit einem Pferd stand. Das Auto bremste mit aller Macht. Durch das nasse Wetter aber war der Boden so schlüpfrig, daß dasselbe rutschend auf den stehenden Wagen eiste und an der vorderen Ecke desselben anprallte. Das Auto wurde an seiner Seitenwand beschädigt.

Verleihung von Bergwerkseigentum.

Der Kommanditgesellschaft Auler und Krapp in Neubulach wurde das Bergwerkseigentum in dem auf

den Gemeindegemarkungen Rötchenbach, Alpirsbach und Ehlenbogen O. Oberndorf und Reinertsau O. Freudenstadt gelegenen Grubenfeld mit einem Flächeninhalt von rund 2 Millionen Quadratmetern vom württembergischen Oberbergamt verliehen. Unter dem Namen „St. Wolfgang“ und „Eberhardzeche“ soll in den Gruben nach Gold, Silber, Kobalt, Nickel und Kupfer gegraben werden. Das Gebiet auf der Markung Reinertsau erhält den Namen „Dreikönigsstern“.

Keil zur Ernährungslage.

Der württ. Arbeits- und Ernährungsminister Keil sprach sich einem Vertreter des „Berliner Tageblatts“ gegenüber dahin aus, daß die Lage zur Zeit zwar nicht gerade besorgniserregend, aber sehr ernst sei. Durch die Ungunst des Wetters während der Ernte sei ein großer Teil der Ernte vollständig vernichtet. Aus diesem Grunde sei es in Württemberg unmöglich, das Umlagesoll auszubringen. Zur Frage der Fleischversorgung in Württemberg wies der Minister darauf hin, daß die unbefchränkte Ausfuhr von Schlachtvieh nach dem besetzten Gebiet in Württemberg bitter empfunden wird.

Milliardenkredit für die Landwirtschaft.

Die Landwirtschaftliche Korrespondenz schreibt: Der vom Abg. Dingler und Genossen im württemberg. Landtag eingebrachte Antrag auf Gewährung eines Kredits für die landwirtschaftlichen Bezugs- und Absatzorganisationen, für Gemeinden und städtische Konsumorganisationen war Gegenstand einer Beratung im württ. Ernährungswirtschaftsministerium. Der Kredit soll von der Reichsbank gewährt werden nach Grundrissen, die kürzlich in Baden bekanntgegeben worden sind. Ministerialrat Springer gab über den Stand der badischen Kreditaktion Auskunft. Demnach werden die landwirtschaftlichen Vereinigungen in Baden wohl auf diesen Kredit verzichten müssen, weil er für die Landwirtschaft nicht geeignet erscheint. Die Landwirtschaft braucht einen Produktionskredit, der erst zu Ende des nächsten Jahres wieder zurückbezahlt werden könnte. Die Reichsbank ist nur bereit, Wechsel mit 3- und 6monatlicher Laufzeit zu diskontieren. Trotzdem will man aber in Württemberg versuchen, einen Kredit zu brauchbaren Bedingungen zu erlangen. Er soll eine Milliarde Mark betragen und soll ausschließlich dazu bestimmt sein, der heimischen Landwirtschaft die Beschaffung von Kunstdünger und Saatgut zu ermöglichen. Die städtischen Genossenschaften sollen den Einkauf von inländischen Lebensmitteln, besonders auch von Kartoffeln mit einem weiten zu gewährenden Kredit bewerkstelligen können. Wenn man bedenkt, daß die Regierung in früheren Jahren zu gleichen und ähnlichen Zwecken schon eine Million und in schlechten Jahren auch mehrere Millionen zur Verfügung stellte, so erscheint der Betrag von 1 Milliarde Mark für die Landwirtschaft für heutige Verhältnisse nicht so hoch. Der Kredit würde vom Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften und von der Zentraleinkaufsgenossenschaft des Schwäbischen Bauernvereins in Ulm aufzunehmen sein. Die Verteilung auf die beiden Organisationen würde erfolgen nach Höhe des jeweiligen Umsatzes im Jahre 1921, umgerechnet auf den Wertstand des 1. Nov. 1922. Zu den Verhandlungen, die noch nicht abgeschlossen sind, waren beigezogen Vertreter der Zentralstelle für die Landwirtschaft, der Landwirtschaftskammer, des Verbands Landwirtschaftlicher Genossenschaften, des Schwäb. Bauernvereins mit Zentralkasse und des Landw. Hauptverbandes. Auch ein Vertreter des württ. Finanzministeriums war zugezogen.

Zollfreier Bezug von Benzin.

Die enormen Betriebsstoffpreise für Lastwagen- und stationäre Motoren zwingen zur größten Sparsamkeit und Vorsicht beim Einkauf. Leider wird seitens der Gewerbetreibenden und Landwirte dem zollfreien Bezug von Benzin nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Zollfreier Bezug wird jedem gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betrieb gewährt durch Antrag beim zuständigen Hauptzollamt, sofern der Betrieb nicht mehr als 50 Arbeiter und Angestellte beschäftigt und nicht mehr als 10 000 Kilogramm Betriebsstoff pro Jahr verbraucht. Ist bei einem landwirtschaftlichen Betrieb ein stationärer Motor vorhanden, so darf der Besitz nicht mehr als 125 Hektar sein. Ausgeschlossen vom zollfreien Bezug sind jene Betriebe, welche den Motor ausschließlich oder auch nur teilweise zur Lichterzeugung benötigen, oder wenn bereits eine andere Kraft wie Elektrizität, Dampf oder Gas vorhanden ist. Dagegen schließt Wind- und Wasserkraft den zollfreien Bezug von Betriebsstoff nicht aus. Aktiengesellschaften kommen grundsätzlich für den zollfreien Bezug nicht in Betracht. Die Ersparnis bei zollfreiem Bezug beträgt zurzeit ca. 30 M per Kg. netto.

Verbilligtes Holz für Kleinhandwerker.

Die Entwicklung der Holzpreise gab dem Abgeordneten Andre (Ztr.) Veranlassung, unter dem 13. Oktober eine kleine Anfrage an die Regierung zu richten, nach welcher die Entwicklung der Holzpreise erneut die Verabfolgung von verbilligtem Holz an das organisierte Handwerk rechtfertigte. Darauf gab das Finanzministerium folgende Antwort: In Ausführung des Landtagsbeschlusses vom 21. Juni 1922 Ziff. 1 hat die Staatsforstverwaltung einen eingehenden Plan zur Versorgung des Handwerks mit Kuchholz zu angemessenen Preisen aus den Holzschlägen des Gewinnjahres 1922/23 aufgestellt, der dem Landtag dieser Tage zur Kenntnis vorgelegt worden ist. Dieser Plan legt der Natur der Dinge entsprechend den entscheidenden Nachdruck darauf, den Kleinhandwerkern die Möglichkeit einer preiswerten Eindeckung ihres Jahresbedarfes an Kuchholz zu eröffnen und tunlichst sicher zu stellen; es wird aber eben damit

Spirsbach und
Dr. Freuden-
steinhagen von
St. Wolfgang
Gold, Silber,
Das Gebiet
men „Dreitö-

minister Reil
gebblatt“ ge-
war nicht ge-
durch die Un-
großer Teil
Gründe sei
aufzubrin-
Württemberg
fränkte Aus-
let in Würt-

Wirtschaft.

ibt. Der vom
berg. Land-
Kredits für
ganisationen,
aktionen war
führungsmin-
gewährt wer-
ab über den
t. Demnach
il er für die
Landwirt-
ert zu Ende
werden könnte.
und monat-
man aber
brauchbaren
Marke Markt
nt sein, der
n Künstlän-
schen Genos-
senschaft
nem weter
nen. Wenn
n Jahren zu
llion und in
er Verfügung
de Markt für
nicht so hoch.
achtlicher Ge-
senschaft
aufzunehmen
ganisationen
Umsatzes im
des 1. Nov.
abgeschlossen
stelle für die
s. Verbands-
hüb. Bau-
Hauptver-
nanzministe-
wagen- und
samkeit und
er Gewerbe-
en Bezug
er geschenkt.
er landwirt-
im zuständi-
mehr als 50
ht mehr als
braucht. Ist
stationärer
ehr als 125
ug sind jene
er auch nur
wenn bereits
er Gas vor-
herkraft den
s. Aktienge-
freien Bezug
m Bezug be-
erker.
rdneten Andre
e kleine An-
Entwicklung
billigstem Holz
if gab das Fi-
ng des Land-
e Staatsforst-
den des Hand-
den Holzlein-
ekt, der dem
en ist. Dieser
entscheidenden
öglichkeit einer
Nutzholz zu er-
er eben damit

nach wesentlich in der Richtung einer Verbilligung dieses Nutzholzes wirken, da er geeignet ist, die Kleinhandwerker gegen die Monopolstellung kapitalkräftiger örtlicher und auswärtiger Käufer zu sichern. Es steht zu hoffen, daß es gelingen wird, die übrigen größeren Waldbesitzer zum Anschluß an dieses Verfahren zu gewinnen. Mit den vorgesehenen Maßnahmen wird im Rahmen des Möglichen den Bedürfnissen des Handwerks Rechnung getragen sein. Im Gegensatz zu diesem Verfahren würden außerordentliche freihändige Holzabgaben zu besonders ermäßigten Preisen den schwersten Bedenken unterliegen, da es mit dem Fortschreiten der Geldentwertung immer weniger vertretbar erscheint, einzelne Gewerbe durch Bereitstellung staatlich verbilligter Rohstoffe letzten Endes auf Kosten der Steuerzahler anderen Gewerben gegenüber zu bevorzugen. Zudem würde keine rechtliche Handhabe noch tatsächliche Möglichkeit bestehen, die übrigen Waldbesitzer zum Anschluß an etwaige derartige Maßnahmen der Staatsforstverwaltung zu bewegen, so daß in diesem Fall der gesamte Handwerkerholzbedarf Befriedigung aus den Staatsforsten heischen würde, was wirtschaftlich und betriebswirtschaftlich vollständig unmöglich wäre.

Finanzausschuß.

(Stuttg.) Stuttgart, 2. Nov. Der Finanzausschuß nahm in seiner heutigen Sitzung Mitteilungen des Finanzministers über die Neuregelung der Beamteneinkünfte entgegen. Ein Redner des Zentrums bemängelte die ungleiche und verspätete Auszahlung und fordert die Neuregelung der Gehaltsauszahlung an die unständigen Beamten. Ein Redner der Sozialdemokratie stimmt ihm zu. Ein Antrag Dr. Schermann-Bides-Scheef-Wider-Endes auf gleichmäßige rasche Auszahlung wird angenommen. Die Regierung sagt die Neuregelung der Gehaltsauszahlung an die unständigen Beamten zu. Dann wird die Frage der Donauversicherung behandelt. Ein Antrag aller Parteien billigt den bisherigen Standpunkt der württembergischen Regierung und spricht die Erwartung aus, daß sich die badische Regierung wie der badische Landtag der Dringlichkeit dieser wichtigen Frage nicht verschließen werden und im Verein mit Württemberg zu einer Lösung beitragen, die den wirtschaftlichen Interessen trägt. Zu Kapitel 27 lagen Anträge von Wäldlingen und Mergentheim über Erhöhung der Zuschüsse zu den Flußkorrekturen vor. Nach Ausführungen der Minister der Finanzen und des Innern wird auf Antrag Pflüger (Soz.) die Beratung zurückgestellt. Zu Kapitel 28, Wohlfahrtspflege, liegt ein gemeinsamer Antrag aller Parteien über die Handhabung der staatlichen Notstandsmaßnahmen, Rentnerfürsorge und Kleinentwerfhilfe vor. Dr. Schermann (Ztr.) stellt einen Zusatzantrag über Verhütung von Uebervorteilung beim Verkauf von Gold, Silber und anderen Wertgegenständen.

(Stuttg.) Stuttgart, 3. Nov. Im Finanzausschuß sagte die Regierung zu der Frage der Zulassung der Dentisten zur zahnärztlichen Kassenzugang wohlwollende Behandlung zu. Bei Kap. 29 (öffentliche Jugendfürsorge) wies ein Redner des Zentrums auf die Not der Anstalten und Institute der Jugendfürsorge hin und verlangte eine bessere Zusammenfassung der Fürsorgetätigkeit in den Bezirksvereinen. Redner anderer Parteien sprachen sich im gleichen Sinne aus. Dabei wurden die Fragen der Jugendverziehung durch Sparzwang der Jugendlichen, Berufsvormundschaft, Tätigkeit des Ortsvorstehers in der Wohlfahrtspflege und Beteiligung der Gemeindebehörden erörtert. Ein Antrag Dr. Schermann-Andre-Rist, dem Fürsorgewesen in den Bezirken ein zielbares Zusammenarbeiten der verschiedenen Fürsorgereichtungen durch größere Zusammenfassung bei einer Geschäftsstelle zu geben, wurde von allen Parteien unterstützt. Ein Antrag Andre-Scheef-Hartmann-Göhring-Pflüger schlug die Erhöhung der Staatsbeiträge für die wohlthätigen Anstalten von 140 000 auf 850 000 M vor. Der Antrag wurde angenommen. Zu Ziff. 4 wurden Klagen über die Behandlung in Rettungsanstalten vorgebracht. Außerdem wurde eine Erweiterung der Ausbildungsmöglichkeit der Jüglinge verlangt. Der Minister warnte vor einer Ueberfälligung der Klagen und anerkannte die Tätigkeit der Beauftragten. Bei Titel 7 (Unterbringung erholungsbedürftiger Kinder auf dem Lande und dem Heuberg) sprachen sich Redner der Sozialdemokratie und des Zentrums zu Gunsten der Ferienkolonien aus. Ein Antrag Dr. Schermann-Andre-Rist-Bides-Pflüger-Planck, der Regelung des Kinowesens erste Sorgfalt zu widmen, vor allem die Abänderung des Reichslichspielgesetzes, die Einrichtung von Landesprüfstellen für Jugendfilme, die Heranbildung des Schulkalters auf 9 Jahre und die Verschärfung der Strafmittel zu veranlassen, wurde ohne Widerspruch angenommen. Die Eingabe der Württ. Kinderhilfe um staatliche Zuschüsse wurde dem Staatsministerium zur Erwägung übergeben, ebenso die Eingabe des Verbands Württ. Frauenvereine. Eine Eingabe betr. Bestreitung des Aufwandes der Landesarmenverbände wurde auf Antrag des Berichterstatters Wöhler und nach Ausführungen des Ministers des Innern dem Staatsministerium zur Erwägung übergeben. — Fortsetzung nachmittags 4 Uhr.

Stuttgart, 3. Nov. In der Nachmittagsitzung beriet der Finanzausschuß über die Frage der Brennholzversorgung für 1923. Seitens eines Vertreters der Forstverwaltung und des Arbeitsministeriums wurde die Frage eingehend erörtert. Das Arbeitsministerium tritt mehr für die zwangsweise Erfassung und Bewirtschaftung des gesamten Brennholzbedarfes ein, während die Forstverwaltung einer freien Verfügung über das entfallende Brennholz das Wort redete unter der Zusicherung, für die Aufbringung von 976 000 Festmeter Brennholz zu garantieren. Die einzelnen Parteien konnten sich auf einen ge-

meinsamen Antrag nicht einigen. Ein Antrag der Sozialdemokraten wollte für das anfallende Brennholz die öffentliche Bewirtschaftung wieder einführen. Ein Antrag Andre-Scheef-Bides-Wider ersuchte die Regierung, unverzüglich die Sicherstellung des notwendigen Brennholzes für das kommende Jahr in die Wege zu leiten und für eine angemessene Heranziehung des Staats-, Gemeinde- und Privatwaldes Sorge zu tragen. Nach längerer Debatte gab der Finanzminister die Erklärung ab, daß neue Verhandlungen zwischen Arbeits- und Finanzministerium notwendig erscheinen und die Angelegenheit bis zum Abschluß dieser Verhandlungen zurückgestellt werden müsse. Dem trug der Finanzminister Rechnung, indem er die Sitzung abbrach. Nächste Sitzung Samstag 9 Uhr.

Der Segelflug in Württemberg.

(Stuttg.) Stuttgart, 5. Nov. Am Donnerstag fand im württembergischen Arbeitsministerium eine Besprechung über die Pflege des Segelflugsportes in Württemberg statt, bei der auch der Leiter des Flugwesens im Reich, Ministerialdirektor von Bredow-Berlin, Vertreter der Technischen Hochschule und des flugtechnischen Vereins Stuttgart, sowie des württ. Arbeitsministeriums zugegen waren. Der Plan, bei Breitthülen auf der Münsinger Alb, Flugversuche zu unternehmen, fand allgemeine Zustimmung. Bereits in 14 Tagen wird mit den Flügen begonnen werden können. Das Arbeitsministerium unterstützte die Bestrebungen des Segelflugs durch einen namhaften Betrag.

Großkraftwerk Württemberg A.-G.

(Stuttg.) Heilbronn, 2. Nov. Ein Bankkonsortium bringt gegenwärtig eine sechsprozentige Anleihe des Großkraftwerks Württemberg in Höhe von 30 Millionen Mark zu 99 Prozent zum Verkauf. Die Rückzahlung der Anleihe, für die das Großkraftwerk Altwürttemberg AG. und der Gemeindeverband Heberlandwerk Hohenlohe-Dehringen die selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen haben, erfolgt von 1925 bis 1932 zu 115 Prozent im Wege der Auslösung. Das Großkraftwerk Württemberg AG., auf deren Vorkapital von 100 Millionen Mark vermehrte Grundkapital das Land Württemberg und das Deutsche Reich das Recht auf Übernahme der Hälfte hat, bezweckt den Betrieb eines großen Dampfkraftwerks, das in den ersten Monaten des nächsten Jahres eröffnet werden soll. Das Werk wird zunächst mit zwei Dampfturbinen von je 5000 Kilowatt ausgerüstet.

(Stuttg.) Freudenstadt, 4. Nov. Wie schon früher beschlossen, soll die Abgabe von Brettern zum Sarg an Jedermann durch die Gemeinde erfolgen und zwar so, daß sie an Mitteleltern unentgeltlich erfolgt, bei den anderen wird der Preis je nach Vermögenslage von Fall zu Fall durch eine Kommission festgesetzt.

(Stuttg.) Oberndorf, 4. Nov. In der letzten Gemeinderatsitzung gab der Vorsitzende die Stiftungsurkunde über die von Fabrikant Dr. Alfons Mauser in Rötlin zum Andenken an seinen Vater seiner Heimatstadt Oberndorf für gemeinnützige Zwecke gemachte Wilhelm Mauser-Stiftung bekannt. Danach sollen 100 000 M sofort für Bedürftige verwendet werden, 50 000 M dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt werden und je 25 000 M für Schulen, Spitäler, Friedhöfe, Heimatpflege und andere Wohltätigkeitsanstalten verwendet werden.

(Stuttg.) Schweningen, 4. Nov. Wie bereits berichtet, wurde am 24. Oktober in Papiermühle, Gemeinde Adelmannselden, die 53 Jahre alte Bauernehelike Bäuerle, als die übrigen auf dem Felde befindlichen Angehörigen nach Hause kamen, mit dem Gesicht auf dem Boden liegend tot aufgefunden. Die Täter waren in einem Schweningener Baugeschäft in Arbeit und konnten nach der im Fahndungsblatt erschienenen Personalbeschreibung durch einen Stuttgarter Kriminalinspektor mit Hilfe der Schweningener Polizei ermittelt werden. Die beiden Mitbeteiligten Schrot und Maier konnten auf einer hiesigen Baustelle verhaftet werden, während der aus der Ellwanger Gegend beheimatete Haupttäter Schwänze nach Vorrath entflohen war, wo derselbe ebenfalls festgenommen werden konnte.

(Stuttg.) Schramberg, 4. Nov. Freitag früh schoß nach kurzem Wortwechsel der verheiratete Gipser und frühere Besitzer der Linde, Kaver Schmid seinen Nachfolger, den ledigen Konditor Stechele in den Rücken und tötete sich dann selbst. Die Verletzung des Stechele ist nicht lebensgefährlich. Schmid und Stechele lebten in Unfrieden, da letzterer den Schmid beim Verkauf der „Linde“ überteuerte.

(Stuttg.) Baihingen a. G., 4. Nov. Gestern herrschte hier Ueberfluß an Milch. Mittags mußte durch die Ortsstelle bekannt gemacht werden, daß am Nachmittag Vollmilch in unbefränkter Menge abgegeben werden könnte. Trotzdem blieben noch etwa 140 Liter unverkauft. Dieser Rückgang im Verbrauch ist eine Folge der außerordentlichen Preissteigerung.

(Stuttg.) Stuttgart, 4. Nov. Am Freitag abend konnte die Stuttgarter Studentenschaft im Beisein des Saatspräsidenten Dr. Hieber, des Oberbürgermeisters Dr. Lautenschlager, des Staatsrats Wälz, Polizeidirektors Nischele und Oberst v. Brandenstein ihre Studentenfeier einweihen. Als Vertreter der Ihre übernahm stud. mach. Brenner nach herzlichen Dankesworten an die Behörden und alle, die die Studentenhilfe unterstützt haben, die Studentenschaft. Auch Rektor Professor Dr. Meier dankte allen Gönnern. Saatspräsident Dr. Hieber sprach der Studentenhilfe und der Organisation der Werftarbeiter sein vollstes Lob aus.

(Stuttg.) Cannstatt, 4. Nov. An dem Bahnhofsdurchlaufneubau in der Karlstraße brach beim Verstellen eines Flaschenzugständers eine Verbindungsschraube, wodurch der

Flaschenzug herunterfiel und einen Arbeiter in das Gesicht traf, worauf der Tod alsbald eintrat.

(Stuttg.) Ellwangen, 4. Nov. Die Sitzungen des Schwurgerichts im 4. Vierteljahr 1922 fallen aus, da sich ergeben hat, daß verhandlungsreife Straffachen nicht vorliegen.

(Stuttg.) Ulm, 5. Nov. In einer Villa in Neu-Ulm wurde, wie bereits gemeldet, eingebrochen. Dabei wurden Silberfachen im Wert von über einer halben Million M gestohlen. Der Täter konnte noch nicht ermittelt werden.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Württ. Sparkassen-Verband.

Im großen Saal des Bürgermuseums in Stuttgart fand am 28. Oktober dieses Jahres die Jahresversammlung des Württ. Sparkassen-Verbands statt. Der Verbandsvorsitzer, Oberbürgermeister a. D. Dr. von Wagner begrüßte zu Beginn die zahlreiche Versammlung, bei der sämtliche württembergische Sparkassen vertreten waren, u. a. besonders auch die Vertreter des Ministeriums des Innern, der Kreisregierungen, den Verbandsvorsitzenden des Badischen Sparkassen-Verbands, 1. Bürgermeister Ritter in Mannheim, Direktor Jursch von der Deutschen Girozentrale in Berlin und Direktor Baerl von der Spar- und Leihkasse für die Hohenzollerischen Lande in Sigmaringen. Hierauf erstattete Direktor Hoff den Geschäftsbericht der Württ. Girozentrale für das Jahr 1921. Trotz der Schwere der Zeit sind hier erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Die vorhandenen Einrichtungen sind weiter ausgebaut worden, so sind unter anderem von 12 Oberamts-Sparkassen 16 neue Zweigstellen mit besonderen Kasseneinrichtungen eröffnet worden. Dem Ausbau der Orts-Sparkassen wurde überdies noch besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Mit der Erhöhung der Einlagenhöchstsummen und der Genehmigung des An- und Verkaufs von Wertpapieren ist das Ministerium des Innern den Wünschen der Sparkassen entgegengekommen. Erfreuliche Fortschritte hat die Verbandsrevision gemacht, der jetzt fast sämtliche Verbandssparkassen angeschlossen sind. Von besonderer Bedeutung wird die auf 1. Januar 1923 zur Einführung gelangende neue Sparkassenbuchführung sein, die auf dem System der doppelten Buchführung aufgebaut und beruhen ist, den Sparkassenbetrieb auf eine sichere und einheitliche Grundlage zu stellen. Bei allen diesen Fortschritten ist bedauerlich der verhältnismäßige Rückgang der Spareinlagen. Der zahlenmäßige Zugang ist im Berichtsjahr zwar noch um einige 100 Millionen gestiegen, die aber an der Entwertung der Mark gemessen, ein Trugbild darstellen, das uns über die Verklümmung des Sparfusses in unserer Bevölkerung nicht hinwegtäuschen darf. Die Jahresrechnung wurde genehmigt, und das Betriebskapital von 5 auf 40 Millionen erhöht. Die dem Verbandsvorstand im Voraus erteilte Ermächtigung zur Aufnahme von Anleihen wurde der Geldentwertung entsprechend von 250 Millionen auf 1 Milliarde erhöht. Direktor Müller machte den Vorschlag, daß dem Vorgehen der Banken entsprechend im Sparverkehr 1%, im Giroverkehr 3 Prozent als Mindestsätze gelten sollen, während für Kündigungsgelder (Deposition), 5, 6 und 7 Prozent festgesetzt werden könnten. Nach einer längeren Ansprache wurde durch Mehrheitsbeschluß der Vorschlag auf Erhöhung des Zinsfußes für Spareinlagen auf 5 Prozent, die der Giroeinlagen auf 3 Prozent angenommen, während die Festsetzung des Ausleihezinsfußes den einzelnen Sparkassen überlassen werden soll. Ausdrücklich aber wurde festgestellt, daß die Erhaltung und weitere Festigung der bis jetzt in Württemberg bestehenden öffentlichen Sparkassen oberster Grundsatz sein müsse.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Geldmarkt. Der Dollar 5000! Das ist das Kennzeichen der letzten Wirtschaftswoche. Am 2. Januar ds. Js. galt der Dollar noch 186, Ende Juli nach der ersten französischen Drohnote 670, Mitte August, nach Abbruch der Londoner Konferenz 1041, Ende August, nach Abbruch der Berliner Verhandlungen, 1934, Mitte Oktober, nach der Versklavungsrede Barthous, 4441 und jetzt, angesichts der Finanzkontrolle, 5000. Daran sind auch die Berliner Wirren schuld und die Unentschlossenheit der Reichsregierung, der Spekulation energisch zu Leibe zu gehen (weil sie von gewissen Wirtschaftskreisen daran gehindert wird). Im einzelnen kosteten am 2. November 100 deutsche Mark in Zürich 0,10% (am 26. Oktober 0,12%), Franken; in Amsterdam 0,04% (0,05%), Gulden; in Stockholm 0,08 (0,09) Kronen; in Wien 1560 (1825), in Prag 0,65 (0,71) Kronen und in Newyork 0,01% (0,02%) Dollar.

Börse. Fest und steigend ist die Tendenz der Effektenmärkte, an denen die Haufe während der ganzen Berichtswoche ohne jeden Rückschlag anhielt, bloß unterbrochen durch zwei börsenfreie Tage, die notwendigerweise eingelegt wurden, um die große Flut von Börsenaufträgen zu bewältigen. Der Kursstand weist wieder gewaltige Sprünge auf, die teilweise bis zu 1000 über den Stand vor 8 Tagen hinausgehen. Das Geschäft erscheint im höchsten Grade ungesund und überspannt, aber die Spekulationswut hat ungehindert. Der Kursstand weist wieder gewaltige Sprünge auf, die teilweise bis zu 1000 über den Stand vor 8 Tagen hinausgehen. Das Geschäft erscheint im höchsten Grade ungesund und überspannt, aber die Spekulationswut hat ungehindert. Der Kursstand weist wieder gewaltige Sprünge auf, die teilweise bis zu 1000 über den Stand vor 8 Tagen hinausgehen. Das Geschäft erscheint im höchsten Grade ungesund und überspannt, aber die Spekulationswut hat ungehindert.

Produktenmarkt. Die Haufe dauert an. Alle Getreidepreise sind auch diese Woche wieder gestiegen, doch nicht mehr so sinnlos stürmisch wie vor 8 Tagen. Immerhin haben die südd. Mühlen den Preis für 100 Kilo Wei-

zenmehl Spezial 0 auf 37 500 M hinaufgetrieben, nach dem er schon vor 8 Tagen auf 35 900 gestiegen war. In der letzten Stuttgarter Landesproduktenbörse vom 30. Oktober kostete der Doppelzentner Heu 3200, Stroh 3400. In Berlin kosteten am 2. November Weizen 10 800 (+ 600), Roggen 9750 (+ 550), Sommergerste 10 400 (+ 600), Hafer 10 550 (+ 750), Mais 10 500 (+ 1000) M. Die angekündigte Erhöhung der Brotpreise ist inzwischen eingetreten. Die Ernährungsverhältnisse werden immer schwieriger.

Warenmarkt. Die sprunghafte Preiserhöhung aller Warenarten war in dieser Berichtswoche noch heftiger als in der letzten. Allein schon die Baumwollgarne und Baumwollgewebe sind um 50 Prozent und mehr Pr. gestiegen, Kalbfelle noch rascher, von Kohle und Eisen ganz zu schweigen. Die Not des Kleinkaufmanns wächst in demselben Maße wie die des kleinen Käufers. Die Lage ist ungeheuer ernst, weil die Einkommen vielfach für die notwendigen Anschaffungen nicht mehr ausreichen oder bestenfalls viel zu spät steigen, d. h. zu einer Zeit, wenn sie den neuen Preisen bereits wieder nicht gewachsen sind. Viele Kaufleute schließen ganze und halbe Tage lang ihre Geschäfte, nicht aus Bitterkeit, wie vielfach falsch angenommen wird, sondern weil sie ihre Waren nicht zu verkaufen trauen in der berechtigten Sorge, daß sie nicht mehr die Mittel haben, sich für den Weihnachtsbedarf nochmals neu einzudecken. Solche ungesunden Verhältnisse können nicht bestehen, aber es ist nicht ausgeschlossen daß die Auswüchse gerade auf dem Warenmarkt zunächst noch schlimmer werden.

Viehmarkt. Auch hier ist noch kein Ende der Verteuerung aller Viehgattungen abzusehen. Die Preise für Zuchtvieh und Schlachtvieh steigen beständig weiter. In Stuttgart kostet ein Pfund Schweinefleisch jetzt 520 M.

Auf den einzelnen Viehmärkten werden die Preise ganz willkürlich gestaltet. Jeder Maßstab für eine gesunde Preisbildung ist verloren gegangen. Der Fleischkonsum geht bei uns beständig zurück, der Preis aber trotzdem in die Höhe. Wozu haben wir Ernährungsministerien?

Holzmarkt. Haufe überall. Jede Versteigerung ergibt eine neue Preissteigerung, und zwar für Langholz ebenso wie für Schnittholz und Nußhölzer. Sichere Preisangaben sind jedoch wegen der großen Schwankungen zwischen den einzelnen Hauptmärkten nicht zu machen.

Erhöhung der südlichen Nußholzpreise in Süddeutschland.

(S. W.) Stuttgart, 3. Nov. Die Vertreter der bayerischen, württembergischen, badischen und hessischen Staatsforsten, sowie der Waldbesitzerverbände einigten sich auf folgende neue Landesgrundpreise, die am 1. November ds. Js. in Kraft treten: Fichten- und Tannenlangholz 1. Kl. 23 000 Mark, 2. Klasse 22 000 Mark, 3. Klasse 20 000 Mark, 4. Klasse 18 000 Mark, 5. Klasse 16 000 Mark, 6. Klasse 14 000 Mark, für Fichten- und Tannenabschnittsholz 1. Kl. 23 000 M., 2. Kl. 20 000 M., 3. Kl. 16 000 M., 4. Kl. 14 000 M., für Kiefernlangholz 1. Kl. 31 000 M., 2. Kl. 26 000 M., 3. Klasse 21 000 M., 4. Kl. 18 000 M., 5. Kl. 15 000 M., 6. Kl. 13 000 M., für Kiefernabschnittsholz 1. Kl. 33 000 M., 2. Kl. 26 000 M., 3. Kl. 18 000 M., 4. Kl. 14 000 M., für Buchenstammholz 1. Kl. 24 000 M., 2. Kl. 22 000 M., 3. Kl. 19 000 Mark, 4. Kl. 15 000 M., 5. Kl. 12 000 M., 6. Kl. 9 000 M., für Kiefernschwemholz 1. Kl. 16 000 M., 2. Kl. 14 000 M., für Buchenschwemholz 1. Kl. 14 000 M., 2. Kl. 12 000 M., für Eichenchwemholz 1. Kl. 18 000 M., 2. Kl. 16 000 M., je für den Kubikmeter. Für Papierholz, entrinde, gelten folgende Preise: 1. Kl. 10 000 M., 2. Kl. 8500 M., 3. Kl. 6000 M., für Rinde 1. Kl. 9000 M., 2. Kl. 7500 M., 3. Kl. 5500 M., je der Raummeter.

Märkte.

Dem Schweinemarkt in Künzelsau waren 253 Milch- und 5 Läufer Schweine zugeführt. Das Paar Milchschweine galt 19—29 000 M., ein Läufer Schwein 18—28 000 Mark. — Dem Viehmarkt in Herberlingen waren 30 Färren, 56 Ochsen, 60 Kühe, 70 Kalberln und 172 Stück Jungvieh zugeführt, die zu sehr hohen Preisen entsprechend den Viehpreisen auf dem Stuttgarter Schlachtviehmarkt verkauft wurden. Auf dem Schweinemarkt wurden 112 Ferkel zum Preise von 17—25 000 M für das Paar verkauft. (S. W.) Ellwangen, 4. Nov. (Schweinemarkt.) Zugeführt waren 131 Saugschweine und 4 Läufer. Preis für das Paar Saugschweine 18—26 000 M., die Käufer sind noch nicht verkauft; gefordert wurden 50 000 M. Handel lebhaft.

(S. W.) Stuttgart, 5. Nov. Dem Mostobstmarkt waren 1500 Zentner zugeführt, die zum Preise von 360 bis 400 Mark pro Zentner verkauft wurden. Auf dem Nordbahnhof waren 23 Wagen zugeführt. Für einen Waggon mit 200 Zentnern wurden 60—64 000 M verlangt, für den Zentner im Reinderkauf 360—380 M. — Dem Filderkrautmarkt waren 6000 Stück zugefahren. Der Zentner galt 600 Mark.

(S. W.) Hausen i. R., 4. Nov. Für Schnecken werden von einem Aufkäufer 5 M für das Stück (für Schneckenhäuschen 50 Pfennig) bezahlt. In Hechingen werden für Schnecken 10.50 Mark pro Stück bezahlt. — Nach den neueren Devisenkursen, so äußerte sich ein eifriger Schneckenjämmler, müßte jede Schnecke 12 M kosten.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Werten und Großhandelspreisen gemessen werden da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. D. Schriftl.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Sellmann, Calw. Druck und Verlag der A. Schönlager'schen Buchdruckerei, Calw.

Abgabe von Deckreisig.

Die Stadt wird heuer in Hinblick auf die hohen Aufbereitungskosten Deckreis nicht liefern, vielmehr die Selbstgewinnung freigeben. Bestellungen auf Deckreis zur Selbstgewinnung sind am 6. und 7. November 1922 bei der Stadtpflege zu machen unter gleichzeitiger Bezahlung von 10 Mark für den Bund. Ueber die erfolgte Bezahlung wird eine Ausweiskarte ausgegeben, die bei der Gewinnung des Reisigs vorzuzeigen ist. Das Reisig kann nach Anweisung des Fortwärters in den Reisigschlägen im Fuchsl. und Hühneracker entnommen werden. Calw, den 4. November 1922. Stadtpflege: Frey.

Lichtspieltheater Badischer Hof.

Morgen Dienstag Abend 8 Uhr: **Tobias Bunschuh**

Drama aus dem Leben

sowie das große Sensations-Drama

Der geheimnisvolle Dolch

In der Hauptrolle: **Eddi Polo.**

I. Teil.

Die Beichte auf der Stirn eines Mädchens. Eine Schreckensnacht. In den Klauen des Todes.

Anfang punkt 8 Uhr.

15-20 Hilfsarbeiter

zur Ausgrabung der Wasserleitung bei der Station Zalmühle

per sofort gesucht

Lohn nach Tarif, auch Akkord.

Gust. Rohler, Maschinen-Fabrik, Zalmühle

Gemeinderatswahlen

erhalten Sie raschestens

Wahlzetteln. Flugblätter

von der

Druckereids. Blattes, Calw, Leberstr. 151

Fernruf Nr. 9.

Wir laden unsere Mitglieder auf Dienstag, den 7. Nov. abends 8 Uhr ein zu einer **Haupt-Versammlung** in den „Badischen Hof“. Gegenstand derselben bildet die Neuauflage der Mitgliedsliste nach dem Reichsmittelgesetz, sowie die Erhöhung des Mitgliedsbeitrages. Infolge der großen Kosten ist es uns nicht mehr möglich, auf unsere Mitglieder durch die Zeitung in gleichem Maße wie bisher einzurufen. Auch kann von der Leitung des Vereins nicht erwartet werden, daß sie Mitglieder, welche unsere Versammlungen zuzubehören unterlassen haben, nachträglich durch besondere Vortrag belehrt. Man veräume deshalb nicht, zu erscheinen. **Haus- u. Grundbesitzer-Verein Calw e. V.**

Verloren

gingen am Samstag **Mk. 700.-**. Der ehrliche Finder wird gebeten, diesen Betrag gegen Belohnung abzugeben. **Altburgerstr. 278.**

Weizenmehl 0, Weizennachmehl, Roggenfuttermehl, Melasse, utler empfiehlt **Otto Jung.**

Obstbäume, alle Formen, Apfel, Birnen, Pfäumen, Kirschen, Quitten, Pfirsich, Stacheln, Johannisbeeren. Preisliste beste Sorten in schöner Auswahl empfiehlt **Philipp Kast, Gärtner.**

Kaufe jedes Quantum **Most-Obst** **Ab. Ebenrath, Küferei.** Habe einige

Fässer 60-40 Liter haltend, zu verkaufen.

Einen schönen 1-jährigen **Stier**



verkauft **Johann Gg. Kentscher, zum „Hirsch“, Schmied.**



Benzin

Mineral-Schmieröle

der Mineralölwerke RHEMANIA A.-G. für alle Zwecke

ERICH ROTH

STUTTGART

Fernspr. 12 415 — 12 418

Tankanlagen Feuerbach, Weingarten, Neu-Ulm, Spaichingen, Dornstetten.

Lagerhalter in Dornstetten: **J. J. Hähle**

Fernsprecher Nr. 2.

Landw. Bezirksverein Calw.

Auf Lager ist:

Kali-Ammonsalpeter, Kalk, Kali-Salz 42proz., Phosphorsäure Super-Phosphat, Kainit, Koch- u. Viehsalz, Phosphorsäure, Sulfat.

Ausgabe Mittwochs und Samstags. Geschäftsstelle: **J. Knecht.**

Schrotmühlen, Backmehlmühle, Rübenschnitzler und Brocker, Brückenwagen, Kreis- säge mit Kegel- Eggen und Pflüge hat im Auftrag zu billigen Preisen zu verkaufen

Chr. Meyer, Schmiedmeister.

Bestellungen auf landw. Geräte und Maschinen nimmt entgegen **der Obige**

Firma sucht Lokal

für Versand und Kontor ev. mit Wohnung am Plage Calw od. Hir'au geg. hohe Miete.

Anfragen unter **B. C. 383** an die Geschäftsst. d. B.

Unsere Kasse ist nunmehr geöffnet: vormittags von 9—1/2 1 Uhr, mittags von 1/2 3—4 Uhr. **Spar- u. Vorschufsbank Calw.**

Suche zwei stationäre **Benzinmotore** wenn auch defekt, zu kaufen. **Adolf Braun, Calw, Biergasse** Installationsgeschäft.

Anständiges, pünktliches **Mädchen** in kleinen Haushalt bei hohem Lohn gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle os. Bl.

Nach **Pforzheim!** Tüchtiges, selbständiges **Mädchen** für Küche und Haushalt zu 4 Personen bei hohem Lohn auf sofort oder später **gesucht.** Schriftliche Angebote an Frau Fabrikant R. Heim, Bleichstraße 88.

Jüngerer tüchtiger **Fabriknecht** guter Pferdepfleger zum sofortigen Eintritt gesucht. **Adolf Luz, Mehlandlg.**

Ein jüngerer **Schuhmacher** kann sofort eintreten bei **Gottlob Mann, Schuhmachermeister, Rutesheim** D. A. Leonberg.

Rundholz, Gruben- u. Papierholz, sowie flehend. Waldungen mit und ohne Grund und Boden kauft großer Zeichenkonzern gegen Kasse. Vermittler erhalten gute Provision. Angebote unter **Nr. 220** an **Wuolff Mosse, Karlsruhe**

Guterhalt. starken 2—3ftg. **Davoser gesucht.** Gefl. Angebote mit Preisang. u. **N. 256 a.** Geschäftsst. d. B.

Freiwillige Feuerweh **Calw.** Dienstag, 7. Novbr. nachmittags 2 1/2 Uhr findet die **Schulübung der Weckerlinie** statt, und werden unsere Kameraden ersucht, derselben anzuwohnen. Anzug: Rock, Mütze. Sammlung 2 1/2 Uhr bei der Turnhalle. Das Kommando.

Alte **Kreuzermarken** und neue württemb. **Dienstmarken** zu höchsten Preisen zu kaufen gesucht. Näheres durch die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Hier! In den Spalten der kleinen Anzeigen findet die praktische Hausfrau gute Gelegenheit überflüssig. Hausgerät zu verkaufen

Färberei Staiger Pfullingen färbt u. reinigt für Haus und Industrie. Annahmestelle: **Friederike Pfeiffer, Calw, Schloßstraße 241.**

Bei den aufwahlen zum men mit wählt wun parteller, nun fragen links oder

Auf die deut anfeinend öffentlicht „verlautet“ aussehung tragbares eine inter diglich zur tendenzjäh Blätter w nicht abste tere Kufft die ganze feler Konf lung der s

Die Dre n wünsch n tinopels frender M regierung. pen fatge die Unter wisten ha an der B daß sie di

Das Erg Dresden wahlen in Sozialdem nationale Deutsche V Wirtschaftsmokraten Deutsche Kommuni demokraten nale 166 9 Volkspartei stehen nou je ein Kle Demnach demokrater sche Volks Dresden strigen La giademokr 266 757, d partei 47 22 288, die 5201 Stin kraten 41, die Deut Bei de g i a l i i gegen ü jialisten der bürge

Die Ant Berlin, halt der P schen Vorj befondere ter teilen Berpfred